



Foto: dpa

Baden-Württemberg

„In der Tat besser“

Unter diesem Motto steht das Regierungsprogramm, mit dem die baden-württembergische CDU in den Landtagswahlkampf ziehen wird.

Das Programm wurde mit überwältigender Mehrheit auf einem Landesparteitag in Offenburg verabschiedet. Der Landesvorsitzende Günther H. Oettinger betonte in seiner Rede, in der er die Leit-

gedanken der Partei für die kommende Legislaturperiode skizzierte, besonders das Kapitel „Kinderland“. Kein Kind dürfe auf dem Weg der Bildung zurückgelassen werden, weder ein hochbegabtes noch ein benachteiligtes. Den Ausbau der Ganztagesbetreuung als pädagogisch völlig neu entwickeltes Konzept betrachte er als eminent wichtig, es werde aber ▶

INHALT

Ronald Pofalla:
Bundesregierung steht
erst am Anfang
Seite 5

Nahost-Reise:
Klare Worte der
Bundeskanzlerin
Seite 3–4

Volker Kauder:
Familien stehen im
Mittelpunkt
Seite 12

► keine „Zwangsganztagsschule“ geben: „In unserem Familienbild setzen wir auf die Wahlfreiheit“.

Außerdem forderte der Ministerpräsident die in Deutschland lebenden jungen Ausländer auf, die deutsche Sprache zu lernen. Ergab seiner Besorgnis darüber Ausdruck, dass in vielen ausländischen Familien nicht Deutsch gesprochen werde, da die Sprache das Fundament sei, „dass die Integration gelingt“, so der Ministerpräsident. Deshalb warte er von jedem, „dass er sich nicht in Parallelgesellschaften verkriecht, sondern Integrationsangebote annimmt.“

Oettinger betonte, dass die CDU Baden-Württemberg die Schwerpunkte bei ihrem Wahlkampf vor allem bei der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik setzen wolle. Er erklärte, die beste Sozialpolitik sei, Arbeitsplätze zu haben. „Wir wollen erreichen, dass Baden-Württemberg der beste Arbeitsmarkt bleibt“, so der Spitzenkandidat für die Landtagswahl. In diesem Zusammenhang sprach er sich auch gegen die

Ausweitung von Vorruhestandsregelungen und für die schrittweise Anhebung des Renteneinstiegsalters auf 67 Jahre aus. Oettinger mahnte, die Vorruhestandsregelungen dürften nicht „der Lockvogel der nächsten Jahre sein“.

Erneut forderte der baden-württembergische Regierungschef, die Laufzeiten der Atomkraftwerke zu verlängern. Er wolle nicht aus ideologischer Verblendung heraus sichere Kernmeiler abschalten müssen, um den Strombedarf mit umweltschädlichen Kohlekraftwerken oder mit Strom aus nicht so sicheren Kernkraftwerken aus dem Ausland zu importieren. Das schade nicht nur der heimischen Volkswirtschaft. Bis neue Energien den benötigten Strombedarf decken könnten, vergingen noch mindestens zehn bis fünfzehn Jahre. Das müsse mit Atomstrom überbrückt werden, aus dessen Gewinnen die Entwicklung erneuerbarer Energien gefördert werden müsste, erklärte Oettinger. In der Finanzpolitik kündigte Oettinger einen rigiden Spar-

kurs an, so dass die Landesregierung ab 2011 ohne neue Schulden auskommen werde, um einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können. Das Ziel sei „ehrgeizig, aber darstellbar“, wenn die Bundesregierung ihre Möglichkeiten zur Erzeugung von mehr Wirtschaftswachstum ausschöpfe, so Oettinger.

Die stellvertretende Landesvorsitzende, Annette Widmann-Mauz, unter deren Leitung eine Kommission das Regierungsprogramm erarbeitet hat, erklärte, dass das Programm sich nicht an den ministeriellen Fachressorts, sondern erstmals an den Lebensbereichen der Bürger: Entdeckerland, Wachstumsland, Wohlfühl-land, Kinderland, Mitmachland etc. orientiere. „Wir wollen Politik mit Augenmaß“, sagte Widmann-Mauz, „die Menschen nicht als Betroffene, sondern als Beteiligte sieht“.

Weitere Informationen zum Regierungsprogramm und dem Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg finden Sie unter <http://www.cdu-bw.de>.

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profflich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Klare Worte der Bundeskanzlerin

Ganz im Zeichen der Parlamentswahlen in den Palästinensischen Autonomiegebieten stand die Nahost-Reise von Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Die CDU-Vorsitzende stellte unmissverständlich klar, dass eine Zusammenarbeit mit einer künftigen Palästinenserregierung unter Führung der Hamas nur unter drei Bedingungen zustande kommen werde. Das sei erstens die Anerkennung des Existenzrechtes Israels „ohne Wenn und Aber“, zweitens ein „nachvollziehbarer“ Gewaltverzicht und drittens die vorbehaltlose Fortsetzung des Friedensprozesses. Diese Bedingungen sollten als klares Signal Deutschlands und anderer europäischer Länder verstanden werden, so Merkel. Andernfalls sei es unvorstellbar, die palästinensische Autonomiebehörde künftig politisch und finanziell zu unterstützen, betonte die Bundeskanzlerin nach einem Treffen mit dem amtierenden israelischen Ministerpräsidenten Ehud Olmert in Jerusalem.

Olmert begrüßte die Bedingungen, die EU und USA für Verhandlungen mit der Hamas aufgestellt haben



Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dem israelischen Ministerpräsidenten Ehud Olmert

Foto: Laurence Chiperon

und lobte gleichzeitig das Vorgehen gegen Antisemitismus in Deutschland. Man habe „mit großer Zufriedenheit gesehen, wie sich Deutschland dem Kampf gegen den Antisemitismus gestellt hat“, betonte er. Ehud Olmert würdigte außerdem die besondere Bedeutung der israelisch-deutschen Beziehungen 40 Jahre nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen.

Auch gegenüber dem palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas machte die deutsche Bundeskanzlerin ihre Bedingungen deutlich und forderte ihn auf, sich für die Fortsetzung des Friedensprozesses mit Israel einzusetzen. Dabei trage er eine große Verantwortung, so Merkel und fügte hinzu, es sei wichtig, „die Kräfte zu stär-

ken, die das Existenzrecht Israels anerkennen.“ Abbas sagte zu, dass die palästinensische Autonomiebehörde an dem Friedensprozess festhalten wolle.

Angela Merkel traf auf ihrer Nahost-Reise außerdem zu Gesprächen mit dem israelischen Präsidenten Mosche Katzav, Likud-Chef Benjamin Netanjahu und Israels Außenministerin Zippi Livni zusammen.

Bei einem Besuch der Holocaust-Gedenkstätte Jad Vashem betonte die Parteivorsitzende die besondere Beziehung Deutschlands zu Israel: „Ich bin tief beeindruckt und auch im Namen Deutschlands mit tiefer Scham erfüllt.“ Mit Blick auf die Geschichte sagte sie: „Diese Beziehungen werden immer besondere Beziehun-

gen bleiben.“ Im Anschluss daran pflanzte die deutsche Regierungschefin im „Wald der Nationen“ einen Baum. Sie sei dankbar und bewegt und erklärte: „Es ist ein schönes und freundschaftliches Zeichen: Mit dem Pflanzen eines Baumes möchte ich meine Verbundenheit mit dem Staat Israel ausdrücken und meine Hoffnung und meinen aufrichtigen Wunsch für eine friedvolle und gute Zukunft,“ so die deutsche Bundeskanzlerin. Sie versicherte außer-



Angela Merkel mit dem palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas

Foto: Laurence Chaperon

dem: „Die Existenz des Staates Israel ist und bleibt ein fester und unantastbarer Pfeiler deutscher Politik.

Seien Sie versichert, wir stehen auch und gerade in schwierigen Zeiten fest an der Seite Israels.“

PAPST-ENZYKLIKA – UNVERZICHTBARE WERTGRUNDLAGE

Mit seiner ersten Enzyklika über die „Liebe“ erinnert Papst Benedikt XVI. nicht nur an die zentrale Dimension des christlichen Glaubens, sondern auch an die im christlichen Geiste wurzelnden werthaltigen Grundlagen unserer Gesellschaft und unseres freiheitlich säkularisierten Staates.

Im Gebot der in der göttlichen Liebe verankerten Nächstenliebe wird uns erneut der entscheidende Motor unserer politischen und ethischen Verantwortung als Christen für diese Welt vor Augen gerufen. Ich begrüße die Enzyklika „Deus caritas est“ auch

deshalb, weil sie zeigt, dass tiefe Glaubensgewissheit und der Welt zu gewandtes Handeln im Geiste recht verstandener Liebe untrennbar miteinander verbunden sind. „Deus

caritas est“ ist deshalb nicht einfach nur ein profunder theologischer Traktat, sondern vor allem auch eine deutliche und klare Ermunterung an die gesamte Christenheit, sich unermüdlich für Menschenwürde, Frieden und Gerechtigkeit einzusetzen. Die präzise Differenzie-



Thomas Rachel

rung von kirchlichem und politischem Auftrag und das engagierte Plädoyer für einen, wie es heißt „wahren Humanismus“, der den

Menschen als Ebenbild Gottes zu begreifen und zu würdigen weiß, ist gerade in unserer heutigen Zeit unverzichtbar und von großer ökumenischer Bedeutung.“

Thomas Rachel ist der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK).

Ronald Pofalla

Bundesregierung steht erst am Anfang

70 Tage nach dem Ende von Rot-Grün darf man keine Wunder am Arbeitsmarkt erwarten. Die Arbeitsmarktzahlen für den Monat Januar zeigen nachdrücklich, dass die jetzige Bundesregierung erst am Anfang steht. 5 Millionen Arbeitslose sind die größte soziale Ungerechtigkeit, die wir in Deutschland wieder ins Lot bringen müssen.

Es gibt durchaus Lichtblicke: Der Abbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse hat sich merklich verlangsamt. Die BA stellt fest, dass der Beschäftigungsabbau zum Stillstand zu kommen scheint, und sie verweist darauf, dass Hamburg, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und Baden-Württemberg im Vergleich zum Vorjahr Beschäftigungszuwächse vorweisen können – das stimmt optimistisch.

Instrumente prüfen

Dennoch: Wir müssen noch in diesem Jahr die Beschlüsse, die wir im Koalitionsvertrag festgelegt haben, in der Arbeitsmarktpolitik konsequent umsetzen: Alle



Ronald Pofalla, CDU-Generalsekretär

Arbeitsmarktinstrumente müssen auf den Prüfstand. Was sich dabei als unwirksam erweist, muss beendet werden. Das, was zu mehr Beschäftigung führt, muss intensiv genutzt werden. Wir brauchen einen flexibleren Kündigungsschutz und ein funktionierendes Kombi-lohn-Modell, damit die zwei Millionen Arbeitslosen, die keine Berufsqualifikation haben, endlich wieder eine faire Chance bekommen. Bis spätestens zum Herbst werden die entsprechenden Vorschläge auf dem Tisch liegen.

Maßnahmen-Mix

Wir brauchen konkrete Verbesserungen für Ältere. Im Gegensatz zu vielen ande-

ren europäischen Ländern arbeiten bei uns viel zu wenig über 50jährige. Deshalb gilt es, den „Pakt für die Älteren“, den wir im Koalitionsvertrag geschlossen haben, mit Leben und konkreten Maßnahmen zu füllen. Unser Leitbild ist die Vorgabe aus dem Lissabon-Prozess: Wir wollen, dass mindestens 50 Prozent aller Älteren künftig wieder in Lohn und Brot stehen.

Wir wollen aber auch, dass Jugendliche wieder eine bessere Perspektive haben. Deshalb war es richtig, den Ausbildungspakt zu verlängern und zu erneuern. Wir laden die Gewerkschaften ausdrücklich ein, sich an dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zu beteiligen und Teil des Ausbildungspaktes zu werden.

Zum Maßnahme-Mix gehört schließlich, dass wir die Lohnzusatzkosten ab 2007 zum ersten Mal seit über 10 Jahren wieder unter die 40-Prozent-Grenze senken. Die Faustformel aller Ökonomen besagt: 1 Prozent weniger Lohnzusatzkosten schafft 100.000 neue sozialversicherte Arbeitsplätze. Hier liegt ein ganz zentrales Aufbruchsignal für den Arbeitsmarkt.

Rheinland-Pfalz

Regierungsprogramm solide finanziert

Als „solide finanzierbar“ hat der Landes- und Fraktionsvorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz, Christoph Böhr, die Kernforderungen des Regierungsprogramms der CDU zur Landtagswahl bezeichnet.

Christoph Böhr bekräftigte die Absicht der CDU, in der Regierungsverantwortung die Kindergärten ab 2007 beitragsfrei zu machen sowie 900 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer und 800 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten über mehrere Jahre hinweg einzustellen.

Zugleich warf Böhr der SPD-geführten Landesregierung vor, in den vergangenen 15 Jahren den Landeshaushalt regelrecht ausgeplündert zu haben.

Auch unter dieser Voraussetzung, so Böhr, müssten die neuen politischen Aufgaben des Landes mit ganzer Kraft angepackt werden. Christoph Böhr führte mehrere Gründe an, weshalb Rheinland-Pfalz zu diesen Schritten in der Lage sei:

„Rheinland-Pfalz ist kein armes Land, sondern wurde in den letzten vierzehn Jahren arm gemacht. Die SPD-Landesregierung hat in den letzten Jahren 17,6 Milliarden



Christoph Böhr

Euro neue Schulden aufgenommen und damit die Gesamtschulden des Landes mehr als verdoppelt. So betragen die Gesamtschulden des Landes bis Ende 2006 28 Mrd. Euro. Zusätzlich wurden 2,5 Milliarden Euro des Landesvermögens verschleudert, da die daraus erzielten Einnahmen nicht gewinnbringend für Zukunftsinvestitionen des Landes verwendet wurden. Rheinland-Pfalz hat kein Einnahmeproblem. Nach dem Finanzausgleich und den Bundeszuwendungen verfügt Rheinland-Pfalz pro Kopf über mehr Einnahmen als Bayern oder Baden-Württemberg. Die Bürger fragen sich aber zu Recht, warum in Bayern und in Baden-Württemberg die Schulen beim PISA-Vergleich besser ab-

schneiden, mehr Sicherheit im Land herrscht und diese Länder Eliteuniversitäten herausbilden konnten. Das schlechte Abschneiden von Rheinland-Pfalz ist somit kein Ergebnis fehlender Einnahmen, sondern die Folge einer mangelnden politischen Schwerpunktsetzung. Eine CDU-geführte Landesregierung wird in Rheinland-Pfalz eine politische Kehrtwende einleiten, indem sie die Schwerpunkte klar für bessere Bildung, für mehr Sicherheit und für mehr Jobs im Land setzt. Aus diesem Grund soll jede Ausgabe des Landeshaushaltes daran gemessen werden, ob sie für die Zukunft unseres Landes ebenso wichtig ist, wie eben die drei elementaren Ziele der CDU. Die CDU Rheinland-Pfalz ist davon überzeugt, dass eine Unterrichtsgarantie für das schulische Fortkommen der Schülerinnen und Schüler unbedingt notwendig ist. Nur wenn die Schülerinnen und Schüler genügend Unterricht erhalten, werden sie beim Lernen erfolgreich sein können. Aus diesem Grund wird die CDU eine tatsächliche Unterrichtsgarantie schaffen, indem 900 zusätzliche Lehrer

eingestellt werden. Die CDU Rheinland-Pfalz ist davon überzeugt, dass Kinder einer frühen Förderung bedürfen. Aus diesem Grund wollen wir den Kindergarten stärken und die Eltern ermuntern, ihre Kinder in den Kindergarten ihrer Wahl zu schicken. Deswegen werden wir den Kindergarten beitragsfrei ab dem 1. Januar 2007 gestalten. Auch können wir nicht zulassen, dass die Kriminalität in unserem Land weiter steigt. 2004 wurde erstmals die Schallmauer von 300.000 Straftaten pro Jahr in unserem Land durchbrochen. Das darf nicht hingegenommen werden. Aus diesem Grund werden wir 800 neue Polizistinnen und Polizisten einstellen, um den niedrigen

Personalstand der Polizei – Rheinland-Pfalz hat die niedrigste Polizeidichte aller Bundesländer – zu beenden. Die Gesamtkosten für alle drei Zusagen beziffern sich für das Jahr 2007 auf 80 Millionen Euro. Da das Gesamtvolumen des rheinland-pfälzischen Haushaltes bei 11,5 Milliarden Euro liegt, werden wir den Haushalt um 80 Millionen Euro umschichten können. Der Betrag macht weniger als 0,7 % des Gesamthaushalts aus. Die CDU-Landtagsfraktion hat in ihrer parlamentarischen Arbeit stets bewiesen, dass man durchaus Einsparpotenziale im Landeshaushalt in Höhe von ca. 100 Millionen Euro findet. Wir wollen schließlich das Geld der Bürgerinnen

und Bürger nicht in eine überbordende Bürokratie verschwenden, sondern in die Köpfe unseres Landes investieren. Aus diesem Grund werden wir eine umfassende Verwaltungsmodernisierung umsetzen, indem wir Doppelzuständigkeiten abschaffen und die Verwaltung verschlanken.“

Weiter sagte Böhr: „Maßstab für Rheinland-Pfalz sind seit Jahrzehnten unionsregierte Länder wie Bayern und Baden-Württemberg und keineswegs ein Land wie Brandenburg, dessen Negativwerte bei wichtigen landespolitischen Aufgaben Rheinland-Pfalz inzwischen teilt. Deshalb muss nach dem 26. März 2006 eine Wende in der Landespolitik gelingen.“

NRW: „VORSICHTIGER KAUFMANN HAT SICH BEWÄHRT!“

„Die im vergangenen Jahr von der frischgewählten CDU-Landesregierung ausgerufenen Haushaltssperre in Nordrhein-Westfalen hat die gewünschten Effekte. Der vorsichtige Kaufmann hat sich bewährt“, erklärten der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Christian Weisbrich, und der finanzpolitische Sprecher der Fraktion, Volkmar Klein. Bei Rot-Grün sei es stets Tradition gewesen, mit zu hohen Einnahmeerwartungen und zu

gering angesetzten Ausgaben einen verfassungsgemäßen Haushalt vorzugaukeln. Weisbrich: „Dies hat sich zu Gunsten der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes gewandelt. Die neue Landesregierung setzt Maßstäbe: weniger Schulden im Interesse der Menschen in NRW statt Kreditaufnahme zu Lasten der jungen Generation.“

Die Neuverschuldung des Landes sei immer noch zu hoch, aber die Trendwende eingeleitet. „Der Fi-



Christian Weisbrich



Volkmar Klein

nanzminister hält Kurs. Die neue Landesregierung steht für einen strikten Konsolidierungskurs und wird bis zum Ende der Legislaturperiode einen Haushalt vorlegen, der die Kreditinvestitionsgrenze einhalten wird“, sagte Klein.

Schleswig-Holstein

Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

„Schleswig-Holstein soll das Familienland Nr. 1 in Deutschland werden.“

Dieses Ziel gab der Landesvorsitzende und Ministerpräsident Peter Harry Carstensen bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit der Bundesministerin für Familien, Senioren, Frauen und Jugend Ursula von der Leyen nach einer zweitägigen Klausurtagung der schleswig-holsteinischen CDU vor. Ganz oben auf der Agenda hätte der Beschluss des Arbeitsprogramms für das Jahr 2006 durch den Landesvorstand gestanden, berichtete der Landesvorsitzende und kündigte an, dass sich die Partei bereits auf die Kommunalwahl im Jahre 2008 ausrichte. Dazu biete der Landesverband noch in diesem Jahr Schulungen für die Funktionsträger an. Um die Ortsverbände bei der Werbung und Schulung neuer Mitglieder zu unterstützen, richte der Landesverband ein Seminar für Neumitglieder aus. Im Mittelpunkt der Arbeit werden für die CDU Schleswig-Holstein die Familienpolitik, die Bildungspolitik und die Innere Sicherheit stehen. Nach dem



Der CDU-Landesvorsitzende und Ministerpräsident Peter Harry Carstensen bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit der Bundesministerin für Familien, Senioren, Frauen und Jugend Ursula von der Leyen, CDU-Landtagsfraktionschef Johann Wadepful (rechts) und Wolfgang Börnsen, Vorsitzender der schleswig-holsteinischen Landesgruppe im Deutschen Bundestag (links).

Auftakt mit der Positionierung zum „Familienfreundlichen Schleswig-Holstein“ durch ein auf der Klausurtagung beschlossenes Thesenpapier wird der Landesverband im Juni einen Kongress zur Inneren Sicherheit durchführen. Außerdem wird eine Arbeitsgruppe einen Leittrag für den Landesausschuss im September vorbereiten, der sowohl in allen Gliederungen als auch öffentlich diskutiert wird. „Im November bildet der Landesparteitag mit der Neuwahl des Landesvorstandes den Abschluss der großen Veranstaltungen in 2006“, so Carstensen abschließend. „Wir wollen auch in finanziell schwierigen Zeiten für eine bessere Vereinbar-

keit von Familie und Beruf sorgen“, stellte Carstensen bei der Vorstellung des familienpolitischen Thesenpapiers fest. Die CDU-Politiker waren sich mit Ministerin Ursula von der Leyen darineinig, dass die Stärkung der Familienaufgabe der Politik auf allen politischen Ebenen sein muss. Carstensen verwies darauf, dass die CDU in den vergangenen Jahrzehnten große Fortschritte für die Familien erreicht hat. Die Einführung des Kindergeldes, des Erziehungsurlaubes, des Erziehungsgeldes und der Anerkennung von Erziehungszeiten für die Rente erfolgten in der Verantwortung CDU-geführter Bundesregierungen. CDU-Vertreter in Parlament

und Regierung in Schleswig-Holstein hätten ein Bekenntnis zum Ausbau der Kindertagesbetreuungsangebote abgelegt. Die Fortführung der bisherigen Kindertagesstättenfinanzierung in gleicher Höhe trotz zurückgehender Kinderzahlen trage dem Rechnung. In zahlreichen Gemeinden und Städten Schleswig-Holsteins hätten CDU-Kommunalpolitiker einen entscheidenden Beitrag zur praktischen Gestaltung der Kinderbetreuungsangebote geleistet.

Nach Auffassung von Ministerin von der Leyen mache die demographische Entwicklung eine moderne Familienpolitik, die der Lebenswirklichkeit in Deutschland gerecht wird, zu einer Pflichtaufgabe der Politik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. „Im Jahre 2030 werden in Deutschland die über 60-jährigen die Mehrheit der Bevölkerung stellen. Die Lebenserwartung nimmt stetig zu, gleichzeitig werden immer weniger Kinder geboren. Die heutige Geburtenrate in Deutschland liegt bei 1,3 Kindern je Frau. Etwas mehr als zwei Kinder wären nötig, um die Bevölkerungszahl stabil zu halten“, so die Ministerin. Alle bisherigen staatlichen Initiativen konnten diese Entwicklung nicht stoppen. Mehr als zwei Drittel aller

Deutschen und sogar über 70 Prozent der deutschen Frauen halten Deutschland nicht für kinderfreundlich. Sie entscheiden sich deshalb immer weniger für eigene Kinder. Daher müssten neue Wege beschritten werden, um junge Familien zur Kindererziehung zu ermutigen.

Die CDU in Schleswig-Holstein schlage deshalb vor, den Schwerpunkt in der familienpolitischen Förderung zu verlagern, erklärte der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Johann Wadepful. Vereinbarkeit von Beruf und Familie sei zu lange ausschließlich als Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf verstanden worden. Dies könne aber nicht mehr länger bedeuten: heute Beruf, morgen Familie, übermorgen wieder Beruf. Vielmehr müssten die Anstrengungen darauf gerichtet werden, Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Parallelität zu verstehen, und zwar vom ersten Lebensjahr des Kindes an. Familien, in denen ein Elternteil sich bewusst dafür entscheidet, seine Berufstätigkeit aufzugeben, um sich ganz den Kindern zu widmen, verdienen jedoch ebenso die Unterstützung der Gesellschaft: „Beide Modelle sind richtig. Der Staat hat kein Recht, dem Bürger ein Familienbild vor-

zuschreiben“, so Wadepful.

„Die Politik muss sich mit der zunehmenden Dramatik des Geburtenrückganges bei uns auseinandersetzen“, verdeutlichte der Vorsitzende der schleswig-holsteinischen Landesgruppe im Deutschen Bundestag Wolfgang Börnsen. Der weltweit einmalig hohe Anteil der Frauen und Männer an einem Jahrgang, die zeitlebens kinderlos bleiben, liege hierzulande bei etwa einem Drittel. Diese Entwicklung habe zahllose Auswirkungen auf die Renten-, Kranken-, und Pflegeversicherung, auf Arbeits- und Wohnungsmärkte, auf die Auslastung der kommunalen Infrastruktur und öffentliche Finanzen. Die Rahmenbedingungen müssten so gestaltet werden, dass Frauen und Männer nicht mehr allein in ihrer Rolle als Erwerbstätige, sondern ebenso in ihrer Rolle als Mütter und Väter gefördert werden. Dennoch könne keine staatliche Leistung die Lebensfreude und den Lebenssinn, den Kinder schaffen, ersetzen. Wer sich der ausschließlichen Kindererziehung widmen möchte, verdiene die Unterstützung der Gesellschaft. „Wir wollen eine Vorreiterrolle übernehmen und Schleswig-Holstein zum familienfreundlichsten Bundesland machen“, so der Bundestagsabgeordnete.

60 Jahre CDU-Landesverband Oldenburg – der Region verpflichtet

Am 11. März 2006 begeht der CDU-Landesverband Oldenburg sein 60jähriges Gründungsjubiläum.

An diesem Tag vor genau 60 Jahren hatte der spätere Bundestagsabgeordnete Hermann Siemer aus Strohe eine Sitzung in Oldenburg einberufen. Bis auf Delmenhorst, Ammerland und Friesland – dort war die CDU entweder noch nicht organisiert oder erst in der Bildung begriffen – waren aus allen Kreisen des Oldenburger Landes CDU-Vertreter anwesend, um einen Landesvorstand zu wählen. Dieser Schritt war notwendig, um überhaupt mit der britischen Militärregierung über die Gründung eines CDU-Landesverbandes verhandeln zu können. Zum ersten Vorsitzenden wurde Fritz Söhlmann aus Oldenburg gewählt. Mag dieser Anfang wenig spektakulär klingen – angesichts der Nachkriegsverhältnisse im Oldenburger Land beeindruckt heute noch die Zuversicht und der Behauptungswillen, mit dem die Gründerväter der Union in Oldenburg ans Werk gegangen sind. Es war keineswegs so, dass die politische und wirtschaftliche



Entwicklung im Nachkriegsdeutschland absehbar war. Die politischen und administrativen Entscheidungen lagen ganz in der Hand der Besatzungsmacht. Während Fritz Söhlmann und seine Mitstreiter noch an der Gründung eines CDU-Landesverbandes arbeiteten, lösten die Besatzer das selbstständige Land Oldenburg auf. Oldenburg wurde ein Verwaltungsbezirk des neuen Landes Niedersachsen. Die Oldenburger CDU hat ihre Gliederung nach den alten Landesgrenzen dennoch nie aufgegeben. Spätestens mit der Gründung des Verwaltungsbezirks Weser-Ems, der die überkommenen territorialen Strukturen endgültig beseitigte, hat die Oldenburger CDU eine Tradition übernommen, auf die sie bis heute stolz ist. Im Gegensatz zu allen anderen Parteien hat sie ihre Beziehung zu einem historisch gewachsenem Raum erhalten.

Aus der jungen Nachkriegs-CDU hat sich so eine politische Kraft entwickelt,

die in enger landsmannschaftlicher Verbundenheit zu ihrer Region steht. Politisch war die Oldenburger CDU stets präsent. Mit ihrem damaligen Landesvorsitzenden Hermann Ehlers stellte sie von 1950 bis 1954 den Bundestagspräsidenten. Ehlers war stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU und Vorsitzender des EAK. Kurt Schmücker war stellvertretender Vorsitzender der CDU-Bundestagsfraktion und wurde von Ludwig Erhard zum Bundeswirtschaftsminister berufen. 1966 übernahm er das Bundesfinanzministerium. Der jetzige Landesvorsitzende der Oldenburger CDU, Manfred Carstens, wirkte als Parlamentarischer Staatssekretär in der Regierung Kohl. Zuletzt war er Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Bundestages. 2005 wurden wieder drei Bundestagsabgeordnete in den Berliner Reichstag gewählt. In den 1950er Jahren leitete August Wegmann das Innen- und später das Finanz-

ministerium des Landes Niedersachsen. Gerd Glup wurde unter Ernst Albrecht Landwirtschaftsminister. Mit Lutz Stratmann ist auch jetzt ein Oldenburger im Landeskabinett vertreten. Daneben engagieren sich 10 weitere Landtagsabgeordnete für die Interessen des Oldenburger Landes. Der erste Oldenburger Europaabgeordnete war Franz-Josef Nordlohne, der allerdings schon 1981 nach schwerer Krankheit starb.

Sein Nachfolger wurde der spätere Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Werner Münch. Seit 1999 verschafft Hans-Peter Mayer dem Oldenburger Land in Europa Gehör.

Dies sind jedoch nur wenige herausgehobene Gestalten einer Erfolgsgeschichte, die von vielen Parteimitgliedern auf den Weg gebracht wurde. Die Weichen dafür wurden vor 60 Jahren gestellt. Am 10. März

2006 wird der Landesverband der Oldenburger CDU diese Arbeit in einer Feierstunde im ehemaligen Oldenburgischen Landtag würdigen. Als Gastredner wird u.a. der Ministerpräsident Christian Wulff erwartet. Am darauffolgenden Tag wird die Oldenburger CDU aus gegebenem Anlass einen Landesparteitag einberufen, um auch in diesem Rahmen ihrer Gründung vor 60 Jahren zu gedenken.

SENIOREN-UNION: INTERESSEN PARLAMENTARISCH ORGANISIEREN

Die Senioren-Union der CDU Deutschlands hat die über 60-jährigen im Deutschen Bundestag aufgefordert, die Anliegen der älteren Generation im höchsten deutschen Parlament selbstbewusster als bisher zu vertreten.

„Von den 614 Abgeordneten des Deutschen Bundestages haben 102 das 60. Lebensjahr vollendet, und damit ist die Gruppe der über 60-jährigen, die immerhin ein Drittel der wahlberechtigten Bevölkerung stellt, erheblich unterrepräsentiert,“ erklärte der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Otto Wulff. „Unterrepräsentation darf aber nicht zu Leisetreteri und Anpassung an den Jugendkult führen.“

Wulff forderte die älteren Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, sich nach dem Vorbild von „Junger Gruppe“, „Diskussionskreis Mittelstand“ oder „Arbeitnehmergruppe“ zu einer parlamentarischen Repräsentanz zu formieren. „Die Erfahrung zeigt, dass Interessen, die auch parlamentarisch organisiert werden, wirkungsvoller vertreten werden können.“ Und dabei gehe es nicht einmal in erster Linie um das Thema Rente. Wulff: „Der größte sozialpolitische Skandal in unserer Gesellschaft ist die Tatsache, dass nur noch rund 35 Prozent der über 55-jährigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind!“

Nach Ermittlungen der SU sind in der CDU/CSU-

Fraktion 43 von 226, in der SPD-Fraktion 43 von 222 Abgeordneten älter als 60 Jahre. Bei der FDP sind es 8 von 61, bei der PDS/Linkspartei 6 von 54 und bei den Grünen 2 von 51 MdBs.

Wulff: „Auch wenn sich der Anteil der über 60-jährigen bis zum Ende der Legislaturperiode 2009 aufgrund der natürlichen Alterung noch erhöhen wird, ist es langfristig nicht hinzunehmen, dass die Bevölkerungsgruppe mit der größten Lebenserfahrung und höchsten Sachkompetenz im Parlament derart unterrepräsentiert ist. Konrad Adenauer wäre in der heutigen Zeit wahrscheinlich schon im parteiinternen Auswahlverfahren als Direktkandidat gescheitert.“

Volker Kauder

Familien stehen im Mittelpunkt

In den vergangenen Tagen und Wochen ist viel über die Familienpolitik diskutiert worden. Diese öffentliche Debatte war sinnvoll. Sie bot die Gelegenheit, Unterschiede deutlich zu machen, aber auch Gemeinsamkeiten heraus zu arbeiten.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat entscheidend dazu beigetragen, dass mit der SPD eine sinnvolle und tragfähige Lösung in der Frage der verbesserten Neuregelung der Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten gefunden werden konnte. Diese trägt unseren gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen Rechnung: Die Wahlfreiheit für Familien soll gestärkt und gleichzeitig sollen beschäftigungspolitische Impulse im Privathaushalt gegeben werden.

Beides können wir mit der vereinbarten Lösung befördern, auch wenn wir gerne noch eine weitergehende Gleichstellung von Alleinverdienerfamilien mit Zweiverdienerfamilien erreicht hätten. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion wollen keiner Familie vorschreiben, wie sie ihr Leben gestaltet.



Volker Kauder

Jede Familie soll selbst entscheiden können, ob die Kinder von einem Elternteil zu Hause betreut werden, oder ob beide Elternteile Familie und Erwerbstätigkeit miteinander vereinbaren wollen. Die Situation von Alleinerziehenden haben wir dabei ebenfalls im Blick. Es ist unser Erfolg, dass die verbesserte steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten nun von allen Familien in Anspruch genommen werden kann. Gleichzeitig haben wir erreicht, dass die wirtschaftspolitische Relevanz der Familienpolitik verstärkt wahrgenommen wird. Sogar im Wirtschaftsteil der Zeitungen wird derzeit der volkswirtschaftliche Nutzen familienpolitischer Maßnahmen begrüßt. Das ist eine gute Entwicklung. Denn der

Arbeitsplatz Privathaushalt darf als Jobmotor nicht länger unterschätzt werden. Familienpolitik nach dem Gießkannenprinzip ist der falsche Weg. Wirkungsvolle, auch ökonomisch sinnvolle Familienförderung macht Sinn.

Die Familien stehen im Mittelpunkt unserer Politik. Bei aller grauen steuerpolitischen Theorie geht es uns immer darum, die Situation der Familien in Deutschland konkret zu verbessern. Das wird uns mit dem vorgelegten Lösungsvorschlag gelingen. Zusammen mit den anderen bereits beschlossenen Maßnahmen für Wachstum und Beschäftigung und zur Familienförderung werden wir erreichen, dass es mit Deutschland wieder aufwärts geht.

Volker Kauder ist der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Siehe dazu auch die weiterführenden Informationen, u.a. mit Beispielrechnungen, auf den Seiten des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unter <http://www.bmfsfj.de>

Solide Basis für Kommunal финанzen

Das von der Stiftung Marktwirtschaft vorgelegte Konzept ist auch aufgrund der vorgesehenen kommunalen Hebesätze als Diskussionsgrundlage sehr zu begrüßen. Ziel muss es sein, mit der Reform der derzeitigen Unternehmensbesteuerung auch die **kommunale Finanzautonomie zu stärken**.

Die Reform der Unternehmensbesteuerung steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den Gemeindefinanzen. Diesen widmet die Große Koalition zu Recht ein besonderes Augenmerk. Neben der Vereinfachung der Grundsteuer ist das strukturelle Ziel der Großen Koalition eine wirtschaftskraftbezogene kommunale Unternehmensbesteuerung mit eigenem Hebesatzrecht. Voraussetzung ist, dass sie administrativ handhabbar ist, den Kommunen insgesamt ein stetiges Aufkommen sichert, die interkommunale Gerechtigkeit wahrt und keine Verschiebung der Finanzierung zu Lasten der Arbeitnehmer beinhaltet.

Jetzt geht es darum, gemeinsam mit den Städten, Gemeinden und Landkreisen ausgewogene Lösungen



Peter Götz

zu finden und die Kommunal финанzen mit der Reform der Unternehmensbesteuerung auf eine solide Basis zu stellen.

Peter Götz ist der kommunalpolitische Fraktions-sprecher.

Ausbildungspakt wirkt

Der Ausbildungspakt wirkt. Es sind mehr als 60.000 neue Ausbildungsplätze geschaffen worden. Viele Betriebe haben sich nach den Gesprächen mit den Kammern und Ausbildungsberatern entschlossen, erstmals Jugendlichen eine Chance zu geben. Ich begrüße deshalb ausdrücklich die Verlängerung des Ausbildungspaktes.

Die Gewerkschaften müssen sich ihrer Verantwortung bewusst werden. Das Angebot, sich mit konstruktiven



Katherina Reiche

Vorschlägen am Pakt zu beteiligen, steht. Für die von ihnen geforderte Ausbildungsplatzabgabe gibt es keine Mehrheit in Deutschland.

Die Politik ist vor allem gefordert, zusammen mit den Eltern, die Ausbildungsfähigkeit zu verbessern. Es kommt auf die Chancengerechtigkeit bereits bei Schulbeginn an. Insofern ist die Entscheidung vieler Länder, Deutschkurse verpflichtend zu machen und Sprachtests einzuführen, richtig. Am Ende der Schulzeit müssen die Jugendlichen die Kulturtechniken Lesen, Rechnen, Schreiben und den Umgang mit dem Computer sicher beherrschen. Schule und Elternhaus müssen Durchhaltevermögen und Disziplin stärker als bisher von den Jugendlichen einfordern. Begrüßenswert sind Modellprojekte, wie die Einführung von Schul-B-Klassen in Hessen, die den Übergang von Schule zur Berufs-

welt für theorieschwächere und eher praktisch orientierte Jugendliche erleichtern. In sozialen Brennpunkten, wo die Erziehungsfunktion des Elternhauses oft nicht gewährleistet ist, ist die Einrichtung von Ganztagschulen eine praktikable Alternative. Deshalb halten wir das 4-Mrd.-Programm für Bauinvestitionen an Ganztagschulen bis zum Jahr 2010 offen.

Katherina Reiche ist stellv. Fraktionsvorsitzende.

Arbeitslosenzahlen unterstreichen Handlungsbedarf

Der Anstieg der Arbeitslosenzahl auf 5.012.000 Menschen unterstreicht den politischen Handlungsbedarf.

Selbst wenn der jetzige Anstieg den Besonderheiten des extremen Winters und von vorzeitigen Entlassungen Älterer Arbeitnehmer wegen der anstehenden

Änderungen beim Arbeitslosengeld geschuldet ist, macht er deutlich: Ohne zügige Reformen am Arbeitsmarkt und einen durchgreifenden Bürokratieabbau werden wir keine Verbesserungen erreichen können.

Wir dürfen uns jetzt nicht von positiven Zukunftserwartungen und optimistischen Konjunkturschätzungen täuschen lassen.

Die Große Koalition hat sich den Abbau der Arbeitslosigkeit als zentrale Ver-

BEAUFTRAGTE FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ UND TIERSCHUTZ

Zur Ernennung von **Julia Klöckner** zur Fraktionsbeauftragten für Verbraucherschutz und **Peter Jahr** zum Fraktionsbeauftragten für Tierschutz der Bundestagsfraktion erklärt der agrarpolitische Fraktionssprecher, **Peter Bleser**:

Da Verbraucherpolitik eine Querschnittsaufgabe ist, die beinahe sämtliche Bereiche der politischen Agenda betrifft, wird sich die Verbraucherexpertin Julia Klöckner verstärkt um Verbraucherbelange kümmern. Im Mittelpunkt steht das Leitbild des mündigen und eigenverantwortlichen Verbrauchers sowie eine transparente Verbraucherinformation und -bildung.

Zunehmende Globalisierung und technischer Fortschritt

stellen die Verbraucherpolitik nicht nur im Ernährungsbereich, sondern auch auf wirtschaftlichem und rechtlichem Sektor vor neue Herausforderungen.

Der Tierschutz spielt auch in Zukunft eine wichtige Rolle in der Politik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Das beweist die Benennung von Peter Jahr zum Tierschutzbeauftragten. Der Agrarwissenschaftler ist ein ausgewiesener Fach-

mann auf seinem Gebiet. Ihm liegen die Bereiche Tierschutz und artgerechte Tierhaltung, auf privater Ebene wie auch in landwirtschaftlichen Betrieben, besonders am Herzen. Er wird die bisherige Arbeit von Peter Bleser als Tierschutzbeauftragter fortsetzen und vor allem den intensiven Kontakt mit den Tierschutzorganisationen und den entsprechenden Forschungseinrichtungen weiter pflegen.



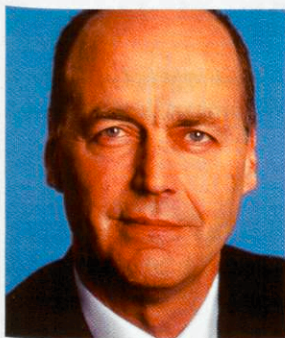
Julia Klöckner



Peter Jahr



Peter Bleser



Laurenz Meyer

pflichtung der Regierungspolitik vorgenommen und die richtigen Entscheidungen für mehr Wachstum und Beschäftigung getroffen.

Wir müssen jetzt den Koalitionsvertrag zügig abarbeiten. Die Verkehrs- und Bildungsinvestitionen wie auch das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm, müssen jetzt schnell umgesetzt werden. Auch beim Bürokratieabbau und den Reformen im Arbeitsrecht müssen wir schnell vorankommen. Für mehr Beschäftigung gering qualifizierter Langzeitarbeitsloser sind die Vorhaben für haushaltsnahe Dienstleistungen und Kombilohn unverzichtbar für eine höhere Beschäftigungsquote. Die Bevölkerung vertraut der neuen Regierung. Nur wenn jetzt gehandelt wird, werden wir die Erwartungen erfüllen. Die Zuversicht wird weiter steigen und auch die Binnenkonjunktur in Schwung

kommen. Positive Arbeitmarkteffekte werden folgen.

Laurenz Meyer ist der wirtschaftspolitische Fraktions Sprecher.



Ausstellung zur rechten Zeit

Immer mehr Menschen in Deutschland interessieren sich für die Geschichte der Vertreibung. Zugleich sind Vertreibungen auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts alles andere als obsolet. Ob im Sudan oder Simbabwe, die schrecklichen Bilder sind uns alle gegenwärtig.

Da ist es zu begrüßen, dass die Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“, die sich zum Ziel gesetzt hat, durch die Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ dazu beizutragen, Vertreibungen in Gegenwart und Zukunft dauerhaft zu ächten, nunmehr eine Konzeption für eine erste Ausstellung zu diesem wichtigen historischen Thema vorgestellt hat. In der Ausstellung unter dem Titel „Erzwungene Wege“ sollen europäische Vertreibungsschicksale dargestellt werden: Beginnend mit dem Völkermord an den Armeniern in den Jahren 1915/1916, über die Vertreibungen, die vom nationalsozialistischen Deutschland vorgenommen



Jochen-Konrad Fromme

wurden, die Vertreibung und Verschleppung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges bis zu den Vertreibungen im ehemaligen Jugoslawien in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Die Ausstellung ergänzt thematisch ideal die erst kürzlich vom Haus der Geschichte in Bonn eröffnete Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“.

CDU und CSU unterstützen sowohl die von der Stiftung geplante Ausstellung, die im August in Berlin gezeigt werden wird, als auch die Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin als einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung unserer gemeinsamen europäischen Geschichte und als einen wichtigen Beitrag zu Verständigung und Aussöhnung.

Jochen-Konrad Fromme ist der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen und Flüchtlinge.

Sportjahr 2006 – aktiv dabei!

Damit Sie das Sportjahr 2006 – Winter-Olympiade in Turin und Fußball WM in Deutschland – auch richtig begleiten können, können Sie auf folgende Werbemittel der CDU-Bundesgeschäftsstelle garantiert nicht verzichten:

CDU-Profifußball



Profifußball

Das MUSS in diesem Jahr! Für jedes Turnier, als Präsent oder „einfach nur so“.

Bestell-Nummer: **9614**

Preis je **Stück: 13,20 €**

inkl. MwSt.: 15,31 €

Unsere kleinen Fußballle ...



Sonderpreis

Kleiner Ball – in 2 versch. Farben

20 Bälle im Netz, inkl. einer Ballpumpe. Er ist wie ein richtiger Fußball, jedoch kleiner und handlicher. Ideal für Sommerfeste, für Spiel und Spaß oder als Kleinwerbemittel.

Bestell-Nummer: **9823**

Preis je **20 Stück: 25,88 €**

inkl. MwSt.: 29,99 €

... auch im Doppelpack



Kleiner Ball – als Doppelpack – schon aufgepumpt

Bestell-Nummer: **9824**

Preis je **2 Bälle: 8,00 €**

inkl. MwSt.: 9,28 €

Sportjahr 2006 – Farbe bekennen!

Auch optisch zeigen wir Flagge. Bekennen auch Sie Farbe im Sportjahr 2006.

Polo-Shirt „Deutschland“

Polo-Shirt mit eingesticktem Deutschland-Emblem.
Sehr hochwertige Qualität aus 100% Baumwolle.

Preis je Stück: **14,50 €**
Preis inkl. MwSt.: 16,82 €

Bestell-Nummern: **9223** – Größe M
9224 – Größe L
9225 – Größe XL
9226 – Größe XXL



Base-Cap „Deutschland“

100% Baumwoll-Canvas
mit 3-farbigem Flaggenstick
mit Klettverschluss auf Kopfgröße verstellbar

Bestell-Nr.: **9222**
Preis je 5 Stück: **12,50 €**
Preis inkl. MwSt.: 14,50 €

Bestell-Nummer: **9222A**
Einzelverkauf – Preis je Stück: **3,00 €**
Preis inkl. MwSt.: 3,48 €



PIN „Deutschland“

Der Pin der CDU Deutschlands. Bekennen Sie sich zu uns und unterstützen Sie auch optisch unser National-Team. Größe: 9 x 12 mm.

Bestell-Nr.: **9227**
Preis je 100 Stück: **24,00 €**
Preis inkl. MwSt.: 27,84 €



Beliebte Streuartikel für Ihre Wahlkampfaktivitäten!



Kugelschreiber

Bestell-Nummer: **9102**
 Preis je **100 Stück: 24,00 €**
 inkl. MwSt.: 27,84 €



Bleistift

Bestell-Nummer: **9036**
 Preis je **100 Stück: 13,50 €**
 inkl. MwSt.: 15,66 €



CDU-Haftnotizblock

Format 8 x 8 cm

Bestell-Nummer: **9633**
 Preis je **100 Stück: 45,00 €**
 inkl. MwSt.: 52,20 €



Notizblock

Format DIN A7, 50 weiße Blätter

Bestell-Nummer: **9813**
 Preis je **50 Stück: 28,00 €**
 inkl. MwSt.: 32,48 €

CDU-ID-Band

Bestell-Nummer: **9833**
 Preis je **20 Stück: 15,00 €**
 inkl. MwSt.: 17,40 €



Einkaufswagen-Chip

Bestell-Nummer: **9070**
 Preis je **100 Stück: 29,00 €**
 inkl. MwSt.: 33,64 €



Feuerzeug „CDU“

Bestell-Nr.: **9506**
 Preis je 50 Stück: **27,00 €**
 Preis inkl. MwSt.: 31,32€



Eiskratzer

Bestell-Nummer: **9890**
 Preis je **70 Stück: 45,00 €**
 inkl. MwSt.: 48,15



Aktionswoche

„100 Tage Große Koalition – Der Anfang stimmt!“

Bestellen Sie schon jetzt die Aktionszeitung Ausgabe 1/2006 zur Aktionswoche.

Aktionszeitung, Bundesausgabe 1/2006

Bestell-Nummer: **1013**

Preis je **250 Stück: 18,50 €**

inkl. MwSt.: 19,80 €

Auslieferung ab dem 28. Februar 2006!

**ACHTUNG!
NEUE FAXNUMMER**

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
CDU-Kundenbetreuung
Telefax 05241-8094165
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de